

Stadt Wasserburg a. Inn  
Marienplatz 2  
83512 Wasserburg a. Inn

05.03.2016

## Antrag der Stadtratsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen zur geplanten DKI-Deponie Odelsham

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,  
sehr geehrte Damen und Herren,

die Stadtratsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen beantragt hiermit Folgendes:

1. Die Stadt Wasserburg spricht sich im Rahmen des laufenden Planfeststellungsverfahrens gegen die Errichtung einer DKI-Deponie in Odelsham (Gemeinde Babensham) aus. Sie schöpft alle, auch alle rechtlichen, Möglichkeiten aus, um die Errichtung dieser Deponie zu verhindern.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, sich umgehend von einer in dieser Thematik erfahrenen Kanzlei rechtlich beraten zu lassen, um für die Stadt eine möglichst starke Rechtsposition zur Verhinderung der Deponie sicherzustellen. Um eine mögliche Beeinträchtigung städtischer Einrichtungen (Kindergarten Altstadt, Grundschule am Gries, ...) durch den Betrieb einer DKI-Deponie (asbesthaltige Stäube, ...) zu ermitteln, beauftragt die Verwaltung einen qualifizierten Fachgutachter.  
Das Vorgehen soll, soweit möglich, mit den anderen beteiligten Gemeinden Babensham und Soyen abgestimmt und gemeinsam umgesetzt werden.
3. Die Verwaltung organisiert eine Informationsveranstaltung (Bürgerversammlung) zur geplanten Errichtung einer DKI-Deponie in Odelsham. Die Veranstaltung ist so zu terminieren, dass für Besucher der Veranstaltung genug Zeit bleibt, um Einwendungen gegen das Projekt zu formulieren und abzusenden. Ein Termin in den Schulferien ist zu vermeiden.  
Während der Veranstaltung erhalten Befürworter und Gegner der geplanten Deponie in gleicher Weise Gelegenheit, ihre Argumente den Wasserburgerinnen und Wasserburgern vorzustellen.

Sprecher:

Christian Stadler

Stellv. Sprecher

Alexander Hartung

Markus Hoelt



Begründung:

1. Die Beschlusslage des Stadtrats aus den Jahren 2012 und früher zur geplanten DKI-Deponie in Odelsham ist in sich widersprüchlich und sollte nun eindeutig formuliert werden.

Bei den im Stadtrat vertretenen Parteien und Wählervereinigungen besteht ein breiter Konsens über eine klare Ablehnung dieses Projekts. Da eine unmittelbar am Stadtrand gelegene Sonderabfalldeponie über einen sehr langen Zeitraum negative Auswirkungen auf weite Teile Wasserburgs hätte, sind alle Möglichkeiten auszuschöpfen, um die Realisierung dieses Projekts zu verhindern. Dies gilt insbesondere für rechtliche Möglichkeiten.

2. Um die rechtlichen Möglichkeiten der Stadt Wasserburg und anderer Einwender zu klären, ist aufgrund der Komplexität des geplanten Projekts und des verwaltungsrechtlichen Verfahrens Rechtsberatung durch eine spezialisierte und erfahrene Kanzlei erforderlich.

Hinsichtlich der aus dem Betrieb einer DKI-Deponie zu erwartenden Auswirkungen auf städtische Einrichtungen sind unabhängige und qualifizierte Gutachter zu beauftragen.

Dies gilt insbesondere für Emissionen, die mit dem Betrieb einer DKI-Deponie verbunden sind und sich als Immissionen in Teilen des Stadtgebiets auswirken würden. Die im Planfeststellungsverfahren vom Antragsteller bisher vorgelegten Gutachten legen nahe, dass einige städtische Einrichtungen (Altstadtkindergarten, Grundschule am Gries, ...) durch Emissionen aus dem Deponiebetrieb beeinträchtigt werden könnten. Gerade aufgrund des mit der Emission von asbesthaltigen Stäuben verbundenen, erheblichen Gesundheitsrisikos, ist hier die Erstellung eines unabhängigen Fachgutachtens angezeigt. Auch die in jüngerer Vergangenheit beim Betrieb der Deponie Bruck) aufgetretenen, erheblichen Probleme zeigen, dass es selbst erfahrenen Deponiebetreibern nicht gelingt, asbesthaltige Abfälle sicher zu handhaben. Die Einlagerung asbesthaltiger Abfälle wurde dort inzwischen untersagt.

3. Unser Ziel ist es, die Öffentlichkeit möglichst umfassend am laufenden Planfeststellungsverfahren zu beteiligen. Das geplante Projekt ist sehr komplex. Allein aus den Planungsunterlagen sind für einen einzelnen Bürger das Deponieprojekt bzw. dessen Auswirkungen auf Mensch und Umwelt kaum zu verstehen.

Es ist daher sinnvoll, die Wasserburgerinnen und Wasserburger über die Deponieplanung und die möglichen Auswirkungen möglichst umfassend zu informieren. Dies kann am besten im Rahmen einer von der Stadt zu diesem Thema organisierten Veranstaltung geschehen.

Die Wasserburgerinnen und Wasserburger sollten sich während der Veranstaltung ein repräsentatives Bild über die geplante Deponie und ihre Auswirkungen auf Wasserburg machen können. Im Rahmen dieser Veranstaltung sollten Befürworter und Gegner des Projekts in gleicher Weise Gelegenheit erhalten, ihre Position zu erläutern. Aus unserer Sicht naheliegend wäre eine Einladung von Vertretern des Antragstellers und der Bürgerinitiative Wasserburger Land, die den zivilgesellschaftlichen Widerstand gegen die geplante Deponie repräsentiert.

Mit freundlichen Grüßen,

Christian Stadler  
(Fraktionssprecher)